

Meyer, Dirk

**Working Paper**

## Die Entmachtung der Politik Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer

Diskussionspapier, No. 32

**Provided in Cooperation with:**

Fächergruppe Volkswirtschaftslehre, Helmut-Schmidt-Universität (HSU)

*Suggested Citation:* Meyer, Dirk (2004) : Die Entmachtung der Politik Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer, Diskussionspapier, No. 32, Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg, Fächergruppe Volkswirtschaftslehre, Hamburg, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:705-opus-16493>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/23619>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Helmut-Schmidt-Universität  
Universität der Bundeswehr Hamburg  
University of the Federal Armed Forces Hamburg

Fächergruppe Volkswirtschaftslehre  
Department of Economics

---

Diskussionspapier Nr.  
Dezember 2004

32

# **Die Entmachtung der Politik**

**Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer  
Nationalstaaten in einer globalisierten Weltwirtschaft**

Dirk Meyer

# Die Entmachtung der Politik

## Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer Nationalstaaten in einer globalisierten Weltwirtschaft

Ein auf hohem Niveau von etwa 50 % des Bruttoinlandsprodukts verharrender Staatsanteil als Indikator für den Umfang staatlicher Aktivitäten sowie die ‚Verdünnung‘ privater Eigentumsrechte durch Besteuerung, Abgaben und staatliche Regulierungseingriffe bedeuten eine Abkehr von der Privatrechtsgesellschaft. Zugleich stellen die ungelösten Probleme der Zukunftssicherung, wie das der sozialen Sicherungssysteme, der zum Teil als mangelhaft bewertete Zustand von Erziehung, Bildung und Ausbildung sowie ein generell kurzer Zeithorizont die Problemlösungskompetenz von Staat und demokratisch organisierter Gesellschaft in Frage. Ausweichstrategien mobiler Faktoren und eine globalisierte Wirtschaft entmonopolisieren zudem die nationalstaatliche Politik. Ist damit das Ende des nationalstaatlichen Machtbegriffs gekommen? Kann es eine Demokratie ohne Nation geben? Ausgehend von den eher pessimistischen Thesen *Guéhenno* (1994) argumentiert der Verfasser für eine Wiedererlangung der kollektiven Rationalität durch eine Aktivierung der Exit (Abwanderung) – Voice (Widerspruch) - Optionen.

### 1 Versuch einer Symptomatik

„Ein Gleichgewicht kennzeichnet ... einen Beharrungszustand, in dem Wirtschaftssubjekte [allgemein: die Elemente eines Systems, Anmerk. d. Verf.] keine Veranlassung haben, ihr Verhalten zu ändern, weil sie sich optimal an die relevanten Daten angepasst haben.“<sup>1</sup> Bezieht man Erwartungsanpassungen, Anpassungen an geänderte Knappheiten, an technologische Neuerungen etc. unter der Bedingung mit ein, dass im Zeitverlauf ein – bei fortwährenden Änderungen gegebenenfalls nur hypothetisches – Gleichgewicht erreicht wird, so erfährt der

---

<sup>1</sup> Gablers Wirtschaftslexikon (2004), Stichwort „Gleichgewicht“; ähnlich Woll (2003), S. 159.

relativ enge statische Gleichgewichtsbegriff eine dynamische, realitätsnähere Erweiterung. Wird zudem die Möglichkeit des institutionellen Wandels mit aufgenommen, so kann dieser dynamisch-gesellschaftliche Gleichgewichtsbegriff mit der *langfristigen Überlebensfähigkeit von Ordnungen* im Sinne v. Hayeks gleichgesetzt werden.<sup>2</sup>

Zentrale These dieser Ausführungen ist, dass gemäß obiger Sichtweise die langfristige Überlebensfähigkeit *demokratisch organisierter Nationalstaaten* in Frage steht. Statt Problemlösungskompetenz zu zeigen, dominieren Ignoranz, Problemaufschub, Reformblockaden und offene Reformunwilligkeit. Ein langfristig stagnierendes Produktionspotenzial und der drohende Kollaps der sozialen Sicherungssysteme zeigen augenscheinlich Beispiele.

Dabei wird die Überlebensfähigkeit nationalstaatlicher Demokratien gleich an zwei Flanken gefährdet. Zum einen dominieren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Gegenwartspräferenz und ein Handeln auf der Grundlage eines eher kurzen Planungshorizonts, da den Entscheidungsträgern in der Regel kurzfristige Erfolgsnachweise abverlangt werden. Diese werden zwar durchaus geliefert, bspw. als Zuwachse des Quartalsgewinns, als geringfügige Senkung der Krankenkassenbeiträge für ein Jahr oder als internationales Schutzprogramm für eine bedrohte Tierart. In der Summe folgen die Einzelhandlungen und separaten Reformansätze jedoch keinem strategischen Gesamtkonzept, sondern lediglich dem taktischen Ziel des augenblicklichen Erfolgsausweises. Das Ergebnis besteht in einem sich ‚Durchwursteln‘ (muddling through). Diese grundlegenden Defekte der Anreiz- und Steuerungsstrukturen gefährden das System *von innen heraus*. Zum anderen übertreffen ausländische Produzenten und Faktoranbieter ihre inländischen Wettbewerber durch absolute Kostenvorteile und ausländische Produktionsstandorte attrahieren zunehmend mobile inländische Produktivkräfte durch die Gewährung von Standortvorteilen. Dieses mit dem Begriff der Globalisierung bezeichnete Phänomen stellt eine Bedrohung autarker nationaler Politikspielräume, bspw. der Sozialpolitik und des Arbeitnehmerschutzes, *von außen* dar.

*Fazit:* Dem demokratisch verfassten Nationalstaat droht die Entmachtung.<sup>3</sup> Zur langfristigen Problemlösung ungeeignete institutionelle Arrangements im Innern und vorteilhafte Alternativen der Güterversorgung, der Produktion und der Wertschöpfung im Ausland gelten als Symptome, deren Verursachung nachfolgend analysiert wird.

---

<sup>2</sup> Vgl. v. Hayek (1967), S. 66-81.

<sup>3</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 17 ff.; S. 39 ff. u. S. 162.

## 2 Demokratisch legitimierte Enteignungen als Ausdruck staatlicher Allmacht

### 2.1 Grundlegende Zusammenhänge

Kennzeichen eines intakten Staates ist sein *Machtmonopol im Hobbeschen Sinne*. Als territorialer Monopolist des Zwangs<sup>4</sup> besitzt er bzw. die (legitimierten) Führer die Möglichkeit zur Verletzung privater Eigentumsrechte unter selbst geschaffenenem Recht (Rechtsstaat) oder unter Willkür (totalitäre Herrschaft). Dies gestattet die Nutzung des Monopols für eigene Ziele der politischen Klasse bzw. für die ihrer Klientel im Sinne einer Einkommens- und Vermögensmehrung. Das gilt sowohl für Monarchien, Militärherrschaften als auch für Demokratien. Zwei generelle Probleme verbinden sich mit dem allmächtigen *Leviathan* allerdings untrennbar. Gemäß der neoklassischen Monopoltheorie wird der *Preis* des Schutzes und der Befriedung des Gemeinwesens gegenüber wettbewerblicher Alternativen höher und die *Qualität* der Leistungen geringer ausfallen. Darüber hinaus besteht die latente Gefahr, dass eine steuerfinanzierte Schutzagentur die Enteignungen soweit ausdehnt, dass zumindest für Teile der Bevölkerung der Schutz des Privateigentums konterkariert wird.<sup>5</sup>

Die *Formen der Enteignung* sind vielfältig und ganz unterschiedlich merklich. So ist die *Besteuerung* eine Hauptquelle permanenter Kaufkraftabschöpfung. Gemäß finanzwissenschaftlichen(!) Kriterien gilt die Minimierung des Erhebungswiderstands als ein Erfolgsmaßstab legalisierten Diebstahls. Entsprechend ist der Quellenabzug bei Arbeits- und Kapitaleinkünften als ein nicht zu übertreffender Erfolg zu werten, denn die Beschneidung der Wertschöpfung erfolgt bereits vor dem Einkommensempfang.<sup>6</sup> Im Falle der Vermögens-, Erbschafts- oder Schenkungssteuer kommt es demgegenüber zur Konfiskation von Teilen des Vermögens. Die auch in der aktuellen Reform der Besteuerung gebrauchte Bezeichnung des Steuergeschenkes offenbart eine anmaßende Begrifflichkeit, die den Steuerlastträger als erdulndes, passives Wesen sieht, welches für die Rückgabe seiner ureigensten Ansprüche Dankbarkeit zollt.<sup>7</sup>

Eine zweite Form des enteignungsgleichen Eingriffs findet schleichend und fast unmerklich durch eine legalisierte Geldfälschung – modern *Inflation* – statt. Gerade in Zeiten hoher

<sup>4</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 68; S. 119 u. S. 223.

<sup>5</sup> Vgl. ähnlich Hoppe (2003), S. 426. Die Praxis sozialistischer Staaten, aber auch der Fall Yukos im postkommunistischen Russland geben Beispiele.

<sup>6</sup> Kritisch hierzu vgl. Prosi (1993), S. 18, der die Rolle der Arbeitgeber und Banken als private Steuereintreiber als ‚Überbleibsel absolutistischer Staatsformen‘ bewertet.

<sup>7</sup> Auch der Begriff der Steueroase, die es auszutrocknen gilt, verkehrt die eigentliche Sinngebung in ihr Gegenteil, denn wer wollte wirklich nach Wüste streben?

Staatverschuldung dürfte dieses Instrument der Entschuldung zulasten der Gläubiger an Bedeutung gewinnen, um verlorene haushaltspolitische Handlungsspielräume wieder zu gewinnen. Schließlich stellen drittens *Regulierungseingriffe* in die privatautonome Vertragsgestaltung, bspw. durch Preiskontrollen, Qualitätsvorgaben, Genehmigungen etc. eine Einschränkung des Privateigentums dar, die einer Entwertung gleichkommt, wobei das Klientel der Nutznießer nur teilweise klar erkennbar ist.<sup>8</sup>

Gemeinsam ist allen drei Formen der Enteignung das institutionalisierte und kontinuierliche Vorgehen, das sie von privaten Eigentumsverletzungen grundlegend unterscheidet.<sup>9</sup> Soweit die Eingriffe rechtstaatlich auf einer Gesetzesgrundlage beruhen, können die Bürger allenfalls bei Rechtsverstößen die Gerichte mit Aussicht auf Erfolg anrufen.

Unter der derzeit dominierenden *demokratischen Regierungsform* treffen die Enteignungseingriffe auf besondere Bedingungen, indem ihre Legitimation durch *Mehrheitsentscheide* erfolgt.<sup>10</sup> Die nach Wiederwahl und Einfluss strebenden politischen Akteure versuchen durch das Versprechen von Wahlgeschenken zulasten Dritter, Mehrheiten zu erringen. Soweit die so belasteten Minderheiten dieser Besteuerung nicht ausweichen können, unterliegen sie der Ausbeutung durch die Mehrheit.<sup>11</sup> Da ‚die Mehrheit‘ generell keine homogene Gruppe darstellt, wird die die Mehrheit beschaffende Wählerschicht besonders bedeutsam. Mit einer entsprechend ausgerichteten Klientelpolitik versuchen die Parteien deshalb außerdem, den *Medianwähler* für sich zu gewinnen – mit dem Nebeneffekt sich nur punktuell unterscheidender Volksparteien.<sup>12</sup> Die Besonderheit dieser Medianposition macht den ‚Kauf‘ entsprechender Wählerstimmen ausgesprochen teuer – dies zeigt bspw. der ausgeprägte Einfluss liberaler bzw. grüner Interessen bei entsprechenden Regierungsbildungen.

Zwei wesentliche Merkmale kennzeichnen die durch diese Strukturen geförderten Gefälligkeitsdemokratien moderner Wohlfahrtsstaaten. Zum einen ist dem Privateigentum sein Wesensmerkmal, das Ausschlussrecht, weitgehend entzogen worden.<sup>13</sup> Einher gehen weitrei-

---

<sup>8</sup> So sichert der gesetzliche Kündigungsschutz lediglich die Beschäftigung der Arbeitsplatzinhaber, verschlechtert jedoch die Chancen Arbeitsloser auf eine Einstellung und entwertet deren Humankapital.

<sup>9</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 125 f.

<sup>10</sup> Vgl. Prosi (1991), S. 114 ff.

<sup>11</sup> Tocqueville (1985) [1840], S. 147-149 umschreibt seine Kritik an der Demokratie mit der unumschränkten Herrschaft der Mehrheit, „denn in der Demokratie kann sich außerhalb der Mehrheit nichts behaupten.“

<sup>12</sup> Eine so genannte feindliche Übernahme mit völliger Neuausrichtung der Programmziele, so wie es beim Eigentumswechsel von Unternehmen möglich wird, scheidet praktisch aus. Von daher dürfte der dem ökonomischen Wettbewerb entlehnte *dynamisch-innovative Schumpeter Politiker*, der zur rechten Zeit am rechten Ort mit innovativem Programm breite Mehrheiten erreicht, die Ausnahme darstellen. Eine entgegengesetzte Position vertritt Straubhaar (2004).

<sup>13</sup> Siehe auch Hoppe (2003), S. 393 f.

chende Umverteilungen, die sich in einer Staatsquote nahe 50 % widerspiegeln.<sup>14</sup> Hierbei versucht jeder einzelne mit legalen und illegalen Mitteln die Position eines Nettogewinners zu erlangen, wobei Umverteilungen zwischen Reich - Arm, Arm - Reich, Reich - Reich und Arm - Arm stattfinden. Die Nettoposition durch Besteuerungen, speziellen Steuerentlastungen, Sozialtransfers, dem be- und entlasteten, teilweise auch kostenlosen Bezug von Gütern sowie deren Regulierungsgeflecht von Schutzvorschriften, Mindestnormen, Genehmigungen etc. lässt sich selbst für Experten kaum mehr ermitteln.

Augenscheinlich wird die Allgegenwärtigkeit des demokratischen Rechtsstaates durch eine zunehmende *Verdrängung des Privatrechts durch öffentliches Recht*. Während das öffentliche Recht in einer individualistischen Rechtsordnung lediglich nur den das privatautonome Handeln und das Privateigentum schützenden Rahmen darstellt, ist „für eine soziale Rechtsordnung .. umgekehrt das Privatrecht nur ein vorläufig ausgesparter und sich immer verkleinernder Spielraum für die Privatinitiative innerhalb des umfassenden öffentlichen Rechts.“<sup>15</sup> In gleichem Zusammenhang hat der Einfluss der Zivilgesellschaft abgenommen. Die staatliche Übernahme ehemals privater Aufgaben haben die Rolle der Familie zurückgedrängt, ohne dass allerdings die letzte Verantwortung mit übernommen wurde. Die Kindererziehung und die Pflege hochbetagter Familienangehöriger geben Beispiele.

Als weiteres Merkmal werden *demokratisch legitimierten Führern* lediglich funktionale Privilegien zugewiesen. Bedingt durch die zeitliche Befristung ihres Amtes sind sie *Problemlöser und Treuhänder auf Zeit*.<sup>16</sup> Ihr Zeithorizont ist stark verkürzt und auf das Ende ihrer Amtszeit gerichtet, gegebenenfalls mit der Option auf Wiederwahl. Ihr Erfolgsausweis ist somit auf die *kurze Frist* fixiert. Nicht die langfristige Vermögensvermehrung im Sinne einer Kapitalwertmaximierung steht als Ziel, sondern die Maximierung des laufenden Einkommens und des Nießbrauchs des Vermögens auf Zeit. Dies gilt nicht nur für die politischen Führer und die bürokratischen Funktionsträger, sondern zunehmend auch für die zeitlich befristet bestellten ökonomischen Führer von Kapitalgesellschaften. Unterstellt man im Vergleich zu Erbmonarchien als Vorteil demokratischer Strukturen eine gewisse positive Intelligenzauslese der politischen Führer, so werden ein langfristiger Ruin bzw. teure Reparaturmaßnahmen verfehlter Politiken ganz offensichtlich in das Kalkül der Herrschaftsklasse mit in Kauf genommen. Eine mangelnde langfristige Problemlösungskompetenz durch verfehlte Anreizstruktu-

---

<sup>14</sup> Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (2004), Tab. 7.3. Für die Bundesrepublik betragen die Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) 48,9 % (2003). Ähnlich hohe Staatsquoten – mit der Ausnahme von Irland sowie den USA haben alle westlichen Demokratien. Vgl. ebenda, Tab. 12.8.

<sup>15</sup> Radbruch (1957), S. 40.

<sup>16</sup> Vgl. auch Guéhenno (1994), S. 48 f.

ren geht in diesem System somit einher mit einer fragwürdigen moralischen Integrität ihrer Führer.

Die Gegenwartspräferenz und ein verkürzter Zeithorizont spiegeln sich zugleich im Verhalten der *gesamten Bevölkerung* wider.<sup>17</sup> So vermindern Eingriffe in das Privateigentum tendenziell die Sparquote und eine mangelnde Kalkulierbarkeit der demokratischen Gesetzgebung erhöht die Unsicherheit. Die Konsumneigung sowie ein Anstieg der Realzinsen sind Indiz für einen *Anstieg der Zeitpräferenzrate* und eine kurzfristige Orientierung. Gute Kalkulation und Weitblick nehmen ab. Darüber hinaus untergräbt der schnelle Rechtswandel den Respekt vor dem Gesetz, da eine feste Definition von Kriminalität fehlt. Auch bislang nur potenzielle Opfer von Eigentumsverletzungen können sich langfristig ihres Vermögens nicht sicher sein und werden einen sicheren Nutzen heute einer unsicheren Verfügung später vorziehen. Als Konsequenz ergeben sich eine Kapitalknappheit, Innovationen scheitern am geringen Angebot von Risikokapital und stagnierende Wachstumsraten machen Umverteilungskonflikte besonders hart und schmerzvoll. Die *Tragödie der Allmende*<sup>18</sup> gipfelt in einem langsamen, sich zunehmend beschleunigenden Zerfall des demokratischen Gesellschaftssystems.

## 2.2 Indikatoren und Konkretisierungen einer Gegenwartspräferenz

Ohne an dieser Stelle den Anspruch eines wissenschaftlichen Beleges einer ausgeprägten *Gegenwartspräferenz* in demokratischen Gesellschaften erheben zu wollen, unterstützen nachfolgend angeführte *Indikatoren* diese These für die Bundesrepublik in den letzten 35 Jahren.<sup>19</sup> So sank die Sparquote privater Haushalte von 13,7 % (1970) auf 10,4 % (2003).<sup>20</sup> Im gleichen Zeitraum sank die Quote der Bruttoinvestitionen von 27,9 % auf 17,9 %. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen fiel die *Nettoinvestitionsquote* von 16,0 % auf 2,7 %. Insbesondere bei den vorrangig vom Staat übernommenen Aufgaben der Infrastrukturfinanzierung zeigt sich ein über Jahre aufgetauter Investitionsbedarf, so bspw. im Straßenbau, im Hochschul- und Bildungswesen sowie im Krankenhauswesen. Es verwundert deshalb kaum, dass die Bundesbank für das Jahr 2003 im gesamten Staatssektor eine Desinvestition in Höhe

<sup>17</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 95 f.

<sup>18</sup> Vgl. Hardin (1968), der als Mikrobiologe und Umweltschutzexperte den Zerfallsprozess des Gemeineigentums als „Tragedy of the commons“ bezeichnet.

<sup>19</sup> Vgl. auch Hoppe (2003), S. 148 ff., der die historische Entwicklung steigender Realzinsen und zunehmender Schwerkriminalität aufzeigt. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, dass eine optimale Zeitpräferenzrate, die sich in entsprechenden Zinssätzen für Kapitalmarktanlagen, einer optimalen Sparquote und optimalen Wachstumsraten widerspiegelt, allenfalls theoretisch unter sehr restriktiven Modellprämissen entwickeln lässt. Von daher sind die nachfolgenden Ausführungen als Tendenzaussagen zu verstehen.

<sup>20</sup> Alle Angaben, soweit nicht anders vermerkt, sind dem Institut der deutschen Wirtschaft (1982) und (2004) entnommen und beziehen sich auf die genannten Jahre. Teilweise eigene Berechnungen.

3,2 Mrd. € errechnet hat.<sup>21</sup> Demgegenüber stieg die *Sozialleistungsquote* als Anteil der Sozialausgaben am BIP mit der Errichtung des so genannten Wohlfahrtsstaates von 21,1 % (1950) über 25,1 % (1970) bis auf 32,1 % (2001). Zugleich werden privater und öffentlicher Kredit, wengleich im letzteren Fall verfassungsrechtlich bedenklich, zunehmend für konsumtive Zwecke verwendet.<sup>22</sup> Hierbei ist zu beachten, dass die implizite Verschuldung der Sozialsysteme durch Zahlungsverprechen für die Zukunft (Renten-, Pflegeversicherung) etwa doppelt so groß ist wie die öffentlich ausgewiesene Staatsschuld in Höhe von 61,9 % des BIP (2003). Wer würde da meinen, ein Nachdenken über Enteignungsmaßnahmen im großen Stil zum Wiedererhalt der politischen und ökonomischen Handlungsfähigkeit liege fern?

Neben diesen einer Quantifizierung zugänglichen Indikatoren unterstützen darüber hinaus eine Reihe von qualitativen Indizien die These vom Anstieg der Gegenwartsorientierung. So sprechen Anzeichen einer zunehmenden Rücksichtslosigkeit, eines *aggressiven Verhaltens* in der Gesellschaft und zwischen Staaten sowie der *Verlust von Vertrauen* für eine hohe Zeitpräferenzrate. Auch hier werden ‚Investitionen‘ in friedliche Konfliktlösungen und in den langwierigen Aufbau von Reputationen zugunsten einer raschen ‚Ernte‘ hintan gestellt. Ganz offensichtlich scheint auch der Anstieg der *Alltagskriminalität* wie Diebstahl, Betrug und Raub in dieses Schema zu passen. Der Ertrag *jetzt* wird aufgrund einer hohen Diskontrate gegenüber einer zudem nicht sicheren Bestrafung *später* vorgezogen.<sup>23</sup>

Die recht erfolgreiche ‚*Geiz-ist-geil*‘- Marketingstrategie kann als weiteres Beispiel genommen werden. Hier wird eine als egoistisch, unfreundlich-abstoßend bewertete Eigenschaft gesellschaftsfähig, mit der nach preiswerten Kaufgelegenheiten (*jetzt*) bei zumeist minderer Qualität (*später*) gestrebt wird.<sup>24</sup> Eine hohe Gegenwartspräferenz kann auch bei dem Wahlverhalten hinsichtlich *sportlicher Freizeitaktivitäten* beobachtet werden. So erfahren so genannte Fit & Fun-Aktivitäten einen hohen Zulauf, die durch schnelle Erfolge trotz unregelmäßiger Teilnahme gekennzeichnet sind. Demgegenüber nimmt die relative Bedeutung von Disziplinen ab, die erst bei langfristigem, kontinuierlichen Training Fortschritte erkennen lassen, wie es bspw. in der Leichtathletik, dem Turnen und bei vielen Mannschaftssportarten der Fall ist.

<sup>21</sup> Angaben nach Baethge und Hortskötter (2004), S. 17. Wengleich gemäß der Konvention der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine staatlichen Abschreibungen erfasst werden, so kann der tatsächlich stattfindende Vermögensverzehr sehr wohl geschätzt werden. Vgl. auch Statistisches Bundesamt (2004), Tab. 23.11 und 23.20.

<sup>22</sup> Vgl. Riedel (2004).

<sup>23</sup> Bereits bei legal erhältlichen Konsumentenkrediten liegen die Zinssätze zwischen 15-18 % p.a.

<sup>24</sup> Der Blick auf einen niedrigen Preis versperrt häufig die späte Erkenntnis, dass der scheinbar preiswerte Kauf aufgrund einer fragwürdigen Qualität doch nicht so günstig war, wie zunächst gedacht.

Ein Beispiel sprachlicher Schizophrenie bietet der *Begriff der Nachhaltigkeit*. So dürfte mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz (2004) zwar der tiefwurzelnde Wunsch verbunden sein, mit der Reform einen langfristig haltbaren Beitrag zur Stabilität der Rentenversicherung liefern zu wollen. Das nach über 20 Jahren der Problemverdrängung offizielle Eingeständnis dieser Notwendigkeit dürfte jedoch im Gegensatz zur Wirkungsprognose dieser Gesetzesänderung stehen. Ein Fortschritt gegenüber der bisher propagierten Gegenwartorientierung ist diese Sprachverwirrung jedoch allemal, zeigt sie doch die Unfähigkeit der demokratischen Regierungsform, in einem ganz wichtigen Projekt der Zukunftssicherung ein angestrebtes Ziel erreichen zu können.

### 3 Ausweichstrategien mobiler Faktoren und Versuche ihrer Behinderung

Als ausbeutungsresistent erweisen sich die *besteuerungsmobilen Faktoren*.<sup>25</sup> Dies betrifft zum einen den legalen Entzug des steuerlichen Zugriffs durch *räumliche Mobilität*, hier insbesondere durch ausländische Direktinvestitionen und die Verlagerung des Unternehmenssitzes.<sup>26</sup> Während die ‚Flüchtigkeit‘ des Kapitals gerade in der deutschen Standortdiskussion deutlich und auch als Druckmittel gegenüber Staat und Arbeitnehmerschaft eingesetzt wird, bildet der Faktor Arbeit im Regelfall das standort-immobile Pendant.<sup>27</sup> Zum zweiten verhindern *legale Strategien der Steuervermeidung* die Belastung. Neben der Nutzung der vom Fiskus durchaus beabsichtigten *Steuervergünstigungen* existieren gerade bei komplexen Steuergesetzen und deren richterlichen Interpretation mehr oder weniger umfangreiche so genannter *Schlupflöcher*. Allerdings bedarf der Findungsgeist zumeist professioneller Beratung, eine gewisse ‚intellektuelle Mobilität‘ oder aber eine entsprechende Sozialisation durch Nachahmung. Zu den Vermeidungsstrategien zählt auch die *Freizeitmigration*, weshalb Finanzwissenschaftler bereits eine Freizeitsteuer vorgeschlagen haben.<sup>28</sup> Werden in der Freizeit gar Tätigkeiten der Selbstversorgung und des *Do-it-yourself* erledigt, fallen in Höhe der Wertschöpfung zudem weder Einkommen- noch Mehrwertsteuer an. Zum dritten finden sich zahlreiche

<sup>25</sup> Als besteuerungsmobil gelten Faktoren, die entweder selbst räumlich mobil sind (Erwerbstätige), deren Einkommensquellen zumindest teilweise ortsveränderlich gestaltet werden können oder Bürger, die sich der Besteuerung auf andere legale und illegale Weise entziehen können.

<sup>26</sup> Bereits die Internationalisierung der Konzerne wird zur Verschleierung der Gewinnentstehung und über Verrechnungspreise zur Verlagerung an steuergünstige Orte genutzt.

<sup>27</sup> Ausnahmen bilden Selbständige, die als Sportler und Künstler Spitzeneinkommen beziehen und ihren Wohnsitz ins steuergünstige Ausland verlagern.

<sup>28</sup> Ökonomisch verbilligen die Abgaben auf Arbeitseinkommen die Freizeit, so dass sich die optimale Zeitallokation zugunsten der Freizeit verschiebt. Der Vorschlag einer Freizeitsteuer entspricht einer Besteuerung des Leistungspotenzials, einer Vermögenssteuer auf Humankapital. Vgl. auch Meyer (2001), S. 344.

Formen der *illegalen Steuermobilität* (Steuerhinterziehung). Hierzu rechnen die Schwarzarbeit, die illegale Beschäftigung sowie die Verlagerung von Wertpapierdepots in Länder mit niedriger Belastung.

Bei indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, spezielle Verbrauchssteuern) ist die Besonderheit der Steuerüberwälzung zu beachten, die in Abhängigkeit der Preiselastizität des Angebots und der Nachfrage zu einer Teilung der Steuerlast zwischen Käufern und Verkäufern führt.<sup>29</sup> Eine Steuervermeidung durch Importe, Internethandel oder Ohne-Rechnung-Geschäfte wird deshalb einen für beide Seiten vorteilhaften Gewinn an Kaufkraft bewirken, was entsprechende Anreize fördert.

Während die aufgezeigten Ausweichstrategien das Ziel haben, der staatlichen Abgabenlast zu entgehen, um eine Position ‚vor Steuern‘ zu erhalten, beruht der *Umsatzsteuerbetrug* durch Scheinfirmen und so genannte Karussellgeschäfte auf einem *Trittbrettfahrer-Verhalten Krimineller*. Bedingt durch das Erhebungsverfahren kann durch Betrug die Vorsteuer mehrfach vom Fiskus zurückgefordert werden. Ein Großteil der bei dieser Steuerart geschätzten Hinterziehungsquote von etwa 10 %, entsprechend 16,3 Mrd. € soll auf diesen Geschäften beruhen.<sup>30</sup>

Der gesamte *Umfang* der durch die oben gezeigten Wege der Steuervermeidung dem Fiskus jährlich entgehenden Einnahmen ist nur schwer zu schätzen, doch dürfte er zwischen 15-30 % der eingenommenen Steuern betragen, also bei einem Betrag zwischen 66-132 Mrd. € (2003) liegen.<sup>31</sup> Die Reaktionen des Staates sind dreifach. Zum einen werden die *Erfassungs- und Erhebungsmethoden* vervollkommen. Beispiele sind die Einführung des Quellensteuerabzugs für Kapitalerträge, die Bauabzugssteuer und andere Modifikationen der Umsatzsteuererhebung. Die hiermit verbundenen Bürokratiekosten werden auf den Steuerzahler oder Dritte (Banken) abgewälzt.

Eine weitere Reaktion des Fiskus besteht in einer Erhöhung des *Kontrolldrucks* sowie in *verschärften Sanktionen*. Hierzu rechnen ein verbesserter Zugang zu steuerrelevanten Vorgängen bei Betriebsprüfungen durch entsprechende Prüfungssoftware, die Einführung von Sozialversicherungsausweisen im Bauhandwerk sowie eine Aufweichung des Bankgeheim-

<sup>29</sup> Je preiselastischer die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot reagiert, desto geringer wird die effektive Steuerbelastung für die Käufer ausfallen. Vgl. hierzu Pindyck und Rubinfeld (2003), S. 446 ff. Generell ist eine Steuerüberwälzung auch bei direkten Steuern wirksam, aufgrund individuell verschiedener Steuersätze jedoch nur schwer fassbar.

<sup>30</sup> Zur näheren Erläuterung vgl. Neuer Rekord beim Umsatzsteuerbetrug, in: Handelsblatt v. 9.11.2004.

<sup>31</sup> Den größten Anteil dürften die Schattenwirtschaft im Umfang von über 15 % des BIP sowie die Steuern und Abgaben induzierten Do-it-yourself-Tätigkeiten ausmachen. Vgl. hierzu ausführlich Schneider (2004).

nisses durch erweiterte Möglichkeiten der Datenabfrage. Zwar sind Freiheitsstrafen im Rahmen von Steuerstraftatbeständen immer noch die Ausnahme, doch erreichen die Nachzahlungen aus hinterzogenen Steuern, den Hinterziehungszinsen in Höhe von 6 % p.a. (§ 238 AO) sowie die Steuerstrafe mitunter den Umfang des nicht deklarierten Einkommens.<sup>32</sup>

Sodann wird der Exit-Mechanismus durch eine Verteuerung der Abwanderung behindert.<sup>33</sup> Die Bildung *supranationaler Harmonisierungskartelle*<sup>34</sup> geht einher mit Tendenzen einer Zentralisierung. Der Monopolgrad staatlicher Macht wird gesteigert, ein *Voting by feet* wird gestoppt. Die bislang bestreitbaren Staatsmonopole koordinieren ihre Politiken, beseitigen Alternativen und die Entdeckung von Fehlern wird erschwert. Das System erstarrt. Unwirtschaftlichkeiten und Maßnahmen zur Umverteilung lassen sich scheinbar sanktionslos durch eine Erhöhung der Enteignungsrate durchsetzen. Die politische Integration durch Zentralisierung ersetzt eine Marktintegration durch Wettbewerb. Die Bildung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer Währung kann unter diesem Blickwinkel gesehen werden. Sie bedingt eine koordinierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. Die Einigung auf die Grundsätze einer *Mindestbesteuerung* sowie *Kontrollmitteilungen* sollen die Steuerflucht erschweren und eine steuerinduzierte Abwanderung von Unternehmen zumindest zwischen den Mitgliedstaaten unattraktiv machen.<sup>35</sup> Die Harmonisierung der nationalen Rechtssysteme durch EU-Richtlinien senkt nicht nur die Transaktionskosten, sie verhindert zugleich die Entdeckung von überlegenen institutionellen Arrangements.<sup>36</sup>

Ob die Irak-Kriege als ein Beispiel für die Fortsetzung demokratisch legitimer Enteignungspolitik auf exterritorialem Boden zur Sicherung günstiger Rohstoffversorgungen zu interpretieren sind, wird die Geschichte zeigen.<sup>37</sup>

---

<sup>32</sup> Fiskalisch-ökonomisch macht die Verhängung einer Freiheitsstrafe wenig Sinn, da diese die zukünftige Möglichkeit der Wertschöpfung und der Besteuerung einschränkt oder ganz unmöglich macht.

<sup>33</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 80 f. sowie S. 232.

<sup>34</sup> Vgl. Prosi (1991), S. 114 ff.

<sup>35</sup> Unter der Voraussetzung der Äquivalenz zwischen der Unternehmensbesteuerung und dem Angebot an öffentlichen Gütern sowie anderen staatlich geschaffenen Standortfaktoren wären international abgestimmte Verhaltensweisen gegen eine Gewinnverlagerung zwischen verbundenen Unternehmen durchaus wünschenswert, um einem Free rider-Verhalten entgegenzuwirken.

<sup>36</sup> Vgl. Schäfer (1999), kritisch hingegen Apolte (2001).

<sup>37</sup> Gemäß Hoppe (2003), S. 80-117 deuten rückläufige und stagnierende Wachstumsraten die Grenzen der Umverteilung an. Eine aggressive Expansion nach außen wird als Konsequenz gesehen, um weitere Umverteilungspotenziale zu erschließen. So zählt bspw. auch der deutsche Verteidigungsminister im Rahmen der geplanten EU-Kampfruppen den „Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung“ zu den europäischen Interessen. Aussagen von Peter Struck auf dem 15. Forum Bundeswehr & Gesellschaft der Welt am Sonntag, [http://bmvg.de/archiv/reden/minister/041109\\_forum\\_welt\\_as.php](http://bmvg.de/archiv/reden/minister/041109_forum_welt_as.php) (17.11.2004).

## 4 Anzeichen des Zerfalls nationalstaatlicher Macht

Der *Abgabenentzug* durch die steuermobilen Faktoren erfordert eine Verlagerung des Aufkommens auf die immobilien Faktoren, sprich auf die Besteuerung der abhängig Beschäftigten sowie eine Erhöhung der Verbrauchsteuern. Die einhergehende Öffnung der *Steuerschere* stößt jedoch ab einem gewissen Grad an die Grenzen der Akzeptanz der Belasteten.<sup>38</sup> Zugleich überschreitet die jährliche *Neuverschuldung* (ex post) die verfassungsrechtlichen Grenzen, die Zinslasten von über 10 % der gesamten Staatsausgaben<sup>39</sup> nehmen die politische Handlungsfähigkeit und Vermögensverkäufe scheinen einmalig als letzter Ausweg. Der Wegfall jeglicher Marktzutrittsschranken für Politiker hinsichtlich eines Nachweises ihrer Problemlösungsfähigkeit, die programmatische Medianposition sowie ein Fraktionszwang machen eine Durchsetzung innovativer Außenseiterpositionen, wie sie angesichts des Staus gravierender Zukunftsprobleme eigentlich notwendig wäre, fast unmöglich. Angesichts dieser *Kompetenzmängel* erfährt der Staat einen Verlust an Autorität und Macht gegenüber seinen Bürgern.

Da die Enteignung Opfer erzeugt und Opfer in der Regel mit dem Aggressor<sup>40</sup> nicht kooperieren, kommt es zum *friedlichen Entzug der Zustimmung*, zum passiven Widerstand und zur Nichtkooperation breiter Bevölkerungskreise.<sup>41</sup> Neben dem oben beschriebenen Entzug des Eigentums vor Verletzungen und damit der ökonomischen Basis staatlicher Macht, nehmen das Interesse am politischen Leben sowie die Beteiligung an Wahlen ab.<sup>42</sup> Demgegenüber gewinnen *Formen der außerparlamentarischen Opposition* wie Bürgerinitiativen und Volksentscheide als Ausdruck einer neuen Bürgersouveränität an Bedeutung. Sodann führen Einschränkungen bei dem kostenlosen Bezug von Kollektivleistungen (Gesundheitsgüter, Bildung) sowie eine abnehmende Qualität staatlicher Dienstleistungen (Verkehrswege, kommunale Daseinsvorsorge) hin zu einer privaten, marktwirtschaftlich organisierten Bereitstellung abseits des Staates.

---

<sup>38</sup> Siehe auch Guéhenno (1994), S. 28 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (2004), Tab. 7.4.

<sup>40</sup> Zwar erscheinen staatliche Eigentumsverletzungen bei demokratischer Legitimation weniger anstößig, bössartig und unterdrückend als bspw. unter einer Willkürherrschaft. Von daher dürften auch die Reaktionen eher friedlicher Natur sein.

<sup>41</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 194. Das Instrument der Steueramnestie kann in diesem Zusammenhang als eine staatliche Kapitulation gedeutet werden. Die geringe Wahrnehmung trotz an sich relativ günstiger Konditionen in Deutschland zeigt die wenig ausgeprägte Kooperationsbereitschaft trotz offensichtlicher Straffälligkeit vieler Bürger.

<sup>42</sup> So sank die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag von durchschnittlich 88,2 im Zeitraum 1965-87 auf 79,2 % zwischen 1990-2002. Bei den letzten Landtagswahlen schwankte die Beteiligung je nach Bundesland zwischen 53,8-70,6 %. Ein gravierender Einbruch ist bei den Wahlen zum EU-Parlament zu verzeichnen, bei der die Wahlbeteiligung in Deutschland von 57,5 % (1994) auf 43,0 % (2004) zurück ging. Vgl. Statistisches Bundesamt (2004), Abschnitt 4.

Während die bisherigen Ausführungen die Entmachtung des staatlichen Machtmonopols belegen, wird die Bildung übernationaler Harmonisierungskartelle wie der EU durch eine freiwillige Aufgabe nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten einer Kartellorganisation begleitet. Das Ende eines nationalstaatlichen Machtbegriffes dürfte zumindest im Rahmen der EU bereits Fakt geworden sein.<sup>43</sup>

## 5 Globalisierung und die Entmonopolisierung nationalstaatlicher Politik

Parallel und zugleich als Antwort auf die innerstaatlichen Krisen der Nationalstaaten hat sich mit Beginn der 80er Jahre ein ökonomisch-politischer *Prozess der Globalisierung* entwickelt.<sup>44</sup> Seine Kennzeichen sind ein säkularer Trend zur Überwindung von Raum und Zeit. Begleitet von informations- und kommunikationstechnologischen Entwicklungen haben sich die Kosten und die Zeit zur Raumüberwindung auf ein Bruchteil reduziert. Das Ergebnis besteht in einem Abbau der Marktsegmentierungen bei vollständig integrierten Volkswirtschaften im Weltmaßstab.<sup>45</sup> Die politischen Grenzen verlieren immer mehr den Charakter ökonomischer Barrieren. In der Folge wächst die Verflechtung durch eine Zunahme des internationalen Handels, der Direktinvestitionen und der Arbeitskräftewanderung.

Dabei sind die mit der Globalisierung verbundenen Phänomene durchaus nicht neu, sondern begleiten seit eh und je den internationalen Freihandel.<sup>46</sup> Neu sind jedoch die Dynamik, die Welt umspannende Reichweite sowie die Durchdringung fast aller Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Die Intensität des Wandels und die notwendigen Anpassungsprozesse haben hierdurch eine andere Qualität bekommen. Der Schutz bislang dem Wettbewerb entzogener Rückzugsnischen entfällt, da die Kosten hierfür offensichtlich werden und die hierdurch Belasteten Zugang zu neu erschlossenen, günstigeren Alternativen bekommen. Die in Deutschland und Europa seit den 80er Jahren stattfindende Deregulierung wichtiger volkswirtschaftlicher Sektoren wie Telekommunikation, Energie, Verkehr sowie Banken und Versicherungen und die Privatisierung ehemals staatlicher Produktionen geben Beispiele.<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Zur Krise der nationalstaatlichen Macht vgl. allgemein bei Guéhenno (1994), S. 30 f. und S. 40.

<sup>44</sup> Vgl. hierzu und zur Abgrenzung des Begriffes der Globalisierung Beck (1999), S. 29; Friedrichs (1997), S. 3 f.; Rohleder (2004), S. 51 ff.

<sup>45</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 9 ff.

<sup>46</sup> Vgl. hierzu auch Rohleder (2004), S. 53 und Friedrichs (1997), S. 4.

<sup>47</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 13. Soweit inländische Sektoren durch staatliche Regulierungen geschützt werden, zu gleicher Zeit aber der Marktzugang für ausländische Anbieter durch Liberalisierungen der Welthandelsorganisation (WTO) oder der EU geöffnet wird, entsteht eine Inländerdiskriminierung mit entspre-

Die mit der Globalisierung verbundene Totalität wettbewerblicher Prozesse schließt einen *monopolistischen Systemwettbewerb* mit ein, bei dem Staaten mit unterschiedlichen institutionellen Arrangements um den Zustrom mobiler Faktoren – Direktinvestitionen, Finanzkapital, hochqualifizierte Arbeitskräfte – werben, um die Produktivität ihrer immobilen Ressourcen – zumeist gering oder fehlqualifizierte sowie anderweitig regional gebundene Arbeitskräfte – zu steigern. Die hiermit einhergehende „*Entmonopolisierung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik*“<sup>48</sup> beruht auf einem doppelten Wirkungszusammenhang. Zum einen sinken die Kosten der Exit-Option der mobilen Faktoren, zum anderen stärken die Alternativen der Abwanderung das Drohpotenzial und damit die Wirksamkeit der Voice-Option.<sup>49</sup> In der Umkehrung verteuert sich die Loyalitäts-Option dieser Faktoreigentümer, indem deren Alternativkosten steigen. Die Wahrnehmung von Wahlmöglichkeiten beinhaltet eine institutionelle Arbitrage unter Ausnutzung der Standortfaktoren der jeweiligen Systeme.<sup>50</sup>

Die aus der Kartelltheorie bekannte *Instabilität* lässt sich auch auf die Harmonisierungskartelle übertragen. Hohe Einigungskosten der Mitglieder, bedingt durch unterschiedliche Standortbedingungen, Faktorausstattungen, politische Ziele und innerstaatliche Widerstände benachteiligter Wirtschaftssektoren und Faktoreigentümer, das Ausscheren einzelner Mitgliedstaaten sowie ein zunehmender Außenseiterwettbewerb ungebundener Staaten führen langfristig zu einem Zerfall dieser politischen Kartelle.

Endet dieser monopolistische Systemwettbewerb in einem vielfach beschworenen ‚*race to the bottom*‘, verbunden mit sinkenden Steuereinnahmen, abnehmender gestaltender Staatstätigkeit und wegfallenden Umverteilungsspielräumen?<sup>51</sup> Die Antwort fällt differenziert aus: Einerseits bestehen Aktionsspielräume, um unterschiedliche institutionelle Arrangements gemäß den Wünschen und Erfordernissen vorrangig der mobilen Faktoreigentümer anzubieten. Diese bestehen aus einer Kombination eines Steuer-(Einnahme-)Systems, einem hiermit finanzierten staatlichen Leistungsangebot sowie einem bedarfsgerechten Regulierungs- und Ordnungsrahmen. Die Treffgenauigkeit der Präferenzen und die Akzeptanz dieser Kombination erlaubt den staatlichen Anbietern die Ausnutzung eines monopolistischen Steuer-(Preis-)setzungsspielraumes, indem die Bürger und alle mobilen Faktoren sich diesem Rechtsrahmen

---

chenden Anreizen einer Deregulierung. Siehe hierzu aktuell die Reform der deutschen Handwerksordnung. Vgl. auch Meyer (2004), S. 180 f.

<sup>48</sup> Schäfer (1999), S. 11.

<sup>49</sup> Vgl. Tiebout (1956); Hirschmann (1970).

<sup>50</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 11 f.

<sup>51</sup> Vgl. hierzu Apolte (2001), S. 192 ff., der in diesem Zusammenhang von einem Wettbewerbsversagen beim Angebot öffentlicher Güter spricht.

freiwillig und bei Abwahl von Alternativen unterwerfen.<sup>52</sup> Andererseits wird die Monopolmacht durch die Attrahierungskraft konkurrierender institutioneller Arrangements begrenzt.<sup>53</sup> Es besteht ein fortwährender Druck hinsichtlich präferenzgerecht und effizient erstellter Standortbedingungen.

Eine Konvergenz im Sinne eines ‚race to the bottom‘ ist somit nicht zu erwarten und auch empirisch nicht belegt.<sup>54</sup> Vielmehr besteht eine Arbitrage bedingte Harmonisierungstendenz, die sich jedoch durch eine gewisse Vielfalt der institutionellen Rahmenbedingungen auszeichnen wird. Insbesondere dürften innovative Freiräume genutzt werden, um mobile Ressourcen anzuziehen.<sup>55</sup>

Der pessimistisch anmutenden *These von Guéhenno*: „Das Ende der Nation bringt den Tod der Politik mit sich“<sup>56</sup>, kann nach dieser Analyse nicht gefolgt werden. Zwar hat die Globalisierung zu einer Entmachtung der Politik in weiten Bereichen geführt, vornehmlich in der Umverteilungs- und Sozialpolitik.<sup>57</sup> Dies jedoch nur in dem Umfang, wie eine die Freiheit beraubende und das Privateigentum missachtende Politik aufgrund der Angreifbarkeit des staatlichen Machtmonopols unter diesen neuen Umständen nur sehr begrenzt und kurzfristig möglich sein wird. Gegenüber der derzeit gerade im europäischen Rahmen noch vorherrschenden ex-ante Harmonisierung im Rahmen von Politik-Kartellen stellt dieser Politik-Wettbewerb allerdings einen Freiheit- und Effizienzgewinn für die politischen Akteure und die betroffenen Bürger dar. Ob allerdings die Nationalstaaten in traditioneller Form die Träger dieser Politik sein werden und ob die Formen derzeit praktizierter Demokratie zur Ausübung dieser ‚neuen‘ Politik geeignet und überlebensfähig sind, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

## 6 Die Wiedererlangung der kollektiven Rationalität

### 6.1 Sezessionsrecht und Demokratiereform

Eine hohe Zeitpräferenzrate verbunden mit einem kurzen Zeithorizont und geringen Wachstumsraten, die Verdünnung privater Eigentumsrechte durch staatliche Eingriffe und der

<sup>52</sup> Vgl. auch Prosi (1991), S. 116 f.

<sup>53</sup> Schäfer (1999), S. 10 f. spricht in diesem Zusammenhang von Null/Eins-Entscheidungen, die die mobilen Faktoreigentümer treffen: Stilllegungen, Kapazitätserweiterungen, Standortverlagerungen, Migration. Diese Entscheidungen mit langfristigem Planungshorizont sind von der Anwendung des Marginalkriteriums in der kurzen Frist zu unterscheiden.

<sup>54</sup> Vgl. Straubhaar (1997) sowie Huber (1997).

<sup>55</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 12.

<sup>56</sup> Guéhenno (1994), S. 39.

<sup>57</sup> Dieser Aspekt wird im folgenden, letzten Abschnitt thematisiert.

die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten verletzende Zwang demokratisch legitimierter Mehrheitsentscheidungen gefährden die Überlebensfähigkeit westlich-demokratischer Wohlfahrtsstaaten, auch und gerade in der Konkurrenz mit den institutionellen Arrangements aufstrebender Volkswirtschaften. Die Überwindung der Rationalitätenfallen<sup>58</sup> und die *Wiedererlangung der kollektiven Rationalität* durch eine grundlegende Neuordnung der politischen Ordnungsstrukturen stehen deshalb als Zielsetzung.<sup>59</sup>

Das gravierende *Steuerungsdefizit* des demokratischen Modells besteht in Mängeln der Ausübung der Exit-Voice-Option. Da die Voice-Option einzelner Bürger von hohen sozialen Nutzenstiftungen begleitet sein kann, die Ausübung des Widerspruches aber hohe private Kosten erfordert, versagt dieser Mechanismus weitgehend und bewirkt die Loslösung der politischen Klasse vom Wählerwillen im Sinne der Principal Agent-Problematik. Zugleich verhindern soziale Bindungen, Sprache und Kultur sowie die sozialen Sicherungssysteme die Wahrnehmung der Exit-Option im Sinne einer Abwanderung unzufriedener Bürger.<sup>60</sup> Wie in Abschnitt 3 gezeigt, bleibt die durchaus Wirkung zeigende, allerdings zumeist illegale und auf eine Steuervermeidung abzielende ‚Immigration nach innen‘.

Zur Stärkung der *Exit-Option* müsste das *Recht auf friedliche Sezession* verfassungsrechtlich garantiert sein.<sup>61</sup> Das territoriale Zwangsmonopol des Zentralstaates wäre damit angreifbar. Die Opting-Out-Option könnte der Beginn einer auf dezentral-föderativer Basis beruhenden, neuen freiwilligen Integration bedeuten. Die Integration müsste keinesfalls vollständig sein, sondern könnte sich auf bestimmte Belange beschränken. Sowohl bilaterale Kooperationen wie auch eine unilaterale Zusammenarbeit wären vorstellbar. Zwangsmitgliedschaften hätten generell zu entfallen.<sup>62</sup> Das Ergebnis wäre ein Geflecht von Netzwerken betreffend unterschiedlicher politischer Problemstellungen mit dem jeweils optimalen Integrations-

---

<sup>58</sup> Zum Begriff der Rationalitätenfalle vgl. Prosi (1993).

<sup>59</sup> Ausgeblendet wird an dieser Stelle der Ansatz, verbesserte Anreizsysteme für Politiker zu schaffen. Vgl. hierzu ausführlich Meyer (1998).

<sup>60</sup> Vgl. hierzu ausführlich Apolte (2001), S. 188 ff. Apolte sieht hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Exit-Option einen entscheidenden Unterschied zum Aktionär, der zum Management des Unternehmens ebenfalls in einem Principal-Agent-Verhältnis steht. Während der Aktionär jederzeit durch den Verkauf seiner Anteile die Exit-Option ausüben und so das Management kontrollieren könne, unterliegt der Bürger hohen Abwanderungskosten, die diese Option für ihn unattraktiv macht. Apolte übersieht hierbei, dass der Verkauf von Anteilen generell sinkende Kurse und somit Kapitalverluste, also auch hohe Abwanderungskosten zur Folge hat.

<sup>61</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 174 f.; S. 194; S. 236 u. S. 525 f.

<sup>62</sup> Dies gilt bspw. für die Pflichtmitgliedschaft in den Sozialversicherungen. Nicht Pflichtmitgliedschaft, sondern eine Versicherungspflicht wären die liberal adäquate Lösung für die Güter der Zukunftsvorsorge. Als notwendig und effizient erachtete Umverteilungsmaßnahmen wären über das Steuersystem vorzunehmen.

kreis.<sup>63</sup> Diese Clubs könnten die traditionell staatlichen Gebietskörperschaften ersetzen, zumindestens aber überlagern. Die gesellschaftlichen Beziehungen wären national entgrenzt.<sup>64</sup> Die immobilen Faktoren würden ihre Souveränität zurückerhalten, um mit regional differenzierten institutionellen Arrangements mobile Ressourcen zu attrahieren.

Zur Stärkung der kollektiven Rationalität, der Innovationsfähigkeit und der Zukunftsorientierung von Entscheidungen können darüber hinaus Modifikationen im demokratischen Entscheidungsprozess dazu beitragen, die *Voice-Option* zu aktivieren. Wenngleich die Bildung von föderativ-dezentralen Kollektiven die Problematik des Minderheitenschutzes bereits relativiert, fördern ein *Verbot des Fraktionszwangs*, Formen der *Direktdemokratie* und eine Abkehr von dem *Prinzip 'one man - one vote'* die genannten Zielrichtungen.<sup>65</sup> Insbesondere das Problem der Zukunftsorientierung ließe sich durch ein erst kürzlich im Bundestag diskutiertes *Familienwahlrecht* angehen, bei dem die Eltern das Stimmrecht für ihre nicht wahlberechtigten Kinder ausüben.<sup>66</sup> Generell bietet ein verfassungsrechtlich stärker formulierter *Schutz der Privatrechtsgesellschaft* Sicherheit vor den vormundschaftlichen Eingriffen des Staates und vermeidet umgekehrt die ‚Entantwortung‘ privaten Handelns.<sup>67</sup>

## 6.2 Konkret erwartete Auswirkungen

Welche Auswirkungen wird die so gewonnene Bürgersouveränität auf die Grundlinien der Politik haben? Als erste Änderung ist eine *Umstrukturierung des bestehenden Steuersystems* zu erwarten. Neben einem generellen Steuersenkungsdruck wird eine Lastverlagerung vom mobilen Faktor hin zu den immobilen Faktoren erfolgen. Da die Faktorausstattung über die gesamte Bevölkerung anteilig verschieden ausfällt, gehen mit dieser Verschiebung zugleich personelle Umverteilungswirkungen einher.<sup>68</sup> Entgegen dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung würden insbesondere die direkten Steuern auf Kapitalerträge sinken. Darüber hinaus dürfte es generell zu einer Verschiebung hin zu den indirekten (Konsum-)Steuern kommen, da eine direkte Besteuerung der Wertschöpfung immer mit legalen und illegalen

<sup>63</sup> Vgl. hierzu auch das Konzept von Frey u. Eichenberger (1995) zu den *Functional overlapping competing jurisdictions (FOCJ)*.

<sup>64</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 18 f. sowie Rohleder (2004), S. 51.

<sup>65</sup> Vgl. v. Beyme (2003), S. 34 f.; Schmidt (2003), S. 114 ff.

<sup>66</sup> Vgl. Tichy (2003).

<sup>67</sup> Vgl. Hoppe (2003), S. 39. Neben einer Stärkung der Familie fordert Hoppe zugleich eine strenge Elternhaftung bezüglich der eigenen Kinder. Vgl. ders. (2003), S. 323. Eher haushaltspolitische Gründe dürfte die in der Durchführung der Kommunen verschärfte Praxis der Inanspruchnahme direkter Angehöriger für Sozialfälle innerhalb der Familie haben.

<sup>68</sup> Vgl. Apolte (2001), S. 194 ff, speziell S. 199. Lediglich bei anteilig identischen Faktoreinkommen würden keine Umverteilungseffekte auftreten, sondern lediglich Belastungswirkungen zwischen den Einkommensarten stattfinden.

Ausweich- und Vermeidungsreaktionen verbunden ist. Elemente einer Kopfsteuer, gegebenenfalls gestaffelt nach Lebenslagen, Alter etc., könnten ein zusätzliches Aufkommen ermöglichen.<sup>69</sup> Überlegenswert wäre ebenfalls die Einführung einer sehr moderaten Leistungspotentialsteuer, die Anreize zur Ausnutzung vorhandener Wertschöpfungspotenziale gibt, ohne zugleich die Attraktivität des Standorts in Frage zu stellen.<sup>70</sup> Aus Gründen der Praktikabilität käme allerdings nur eine Vermögensteuer auf das Reinvermögen unter Ausschluss des Humankapitals in Betracht. Hintergrund sind Probleme einer Erfassung und Bewertung sowie das hierdurch gesteigerte Risiko bei Beginn einer Ausbildungsinvestition, welches die Attraktivität mindern würde.

Als zweiter Bereich wäre das *Umverteilungssystem* von Änderungen betroffen. Die erstarkte Exit-Option begrenzt in Verbindung mit der Steuersenkungstendenz den zukünftigen Umverteilungsspielraum. Die Forderung nach einem effizienten Umverteilungssystem beinhaltet die Beschränkung auf redistributive Maßnahmen mit rein öffentlichem Gutscharakter.<sup>71</sup> So steigern der soziale Friede sowie die kollektive Übernahme allgemeiner Lebensrisiken die Produktivität des Standortes und erfordern als nicht-rivale Güter eine kollektive Zwangsfinanzierung.<sup>72</sup> Gemäß dem Äquivalenzprinzip, das gegenüber dem Non-Affektationsprinzip der Besteuerung an Bedeutung gewinnen wird, werden die mobilen Faktoren eine weitergehende Umverteilung nicht unterstützen. Hieraus folgt eine Privatisierung ehemals sozialer Risikotragung in Teilbereichen sowie eine Zunahme sozialer Diskriminierung im Ausmaß der Wiederherstellung privater Eigentumsrechte.<sup>73</sup>

In dritter Konsequenz zeigt sich der abnehmende staatliche Handlungsspielraum in einer (Selbst-)Beschränkung beim *Angebot öffentlich bereitgestellter Güter*. Mit der Ausnahme einer in Konkurrenz zu privaten Unternehmen kostengünstigeren bzw. präferenzgerechteren Produktion wird sich der Staat vollständig zurückziehen, um die knappen Haushaltsmittel zu schonen. Vielmehr wird er sich auf die *Bereitstellung öffentlicher Güter* und solcher mit sehr hohen positiven externen Effekten beschränken. Hierzu rechnen konkret die äußere und die innere (Rechts-)Sicherheit, die Allgemeinbildung sowie Spezialitäten wie die Grundlagenforschung, die Vorhalteleistung der Notfallrettung etc.

---

<sup>69</sup> Der Vorschlag einer Kopfpauschale als Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) käme dem nahe. Aufgrund der teilweise geringen Einkommen sollte die Grundpauschale nur eine geringe Höhe aufweisen, so dass das Aufkommen hieraus nicht sehr hoch ausfallen dürfte.

<sup>70</sup> Vgl. ausführlich hierzu Meyer (2001).

<sup>71</sup> Entsprechend der *Samuelson'schen Abgrenzung* würde dies die Nutzungskonkurrenz ausschließen und das Nichtausschließbarkeitsprinzip für das Gut ‚Umverteilung‘ bedingen.

<sup>72</sup> Vgl. auch Schäfer (1999), S. 15.

<sup>73</sup> Die Ausgrenzungen und Zuzahlungen im Rahmen der GKV wären Beispiele.

Die Rücknahme des Staates bedeutet im Umkehrschluss eine *wachsende Verantwortung der Privaten*. Unter Beachtung ihrer schwachen, unelastischen Marktposition werden die immobilen Faktoren Anstrengungen unternehmen, um im Wettbewerb um die mobilen Faktoren eine möglichst gute komplementäre Ausstattung mit Sachkapital sowie hochqualifiziertem und knappem Humankapital zu erringen, die ihrem Faktoreinsatz eine hohe Produktivität verleiht. Hinzu treten die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Bereitschaft zum Konsumverzicht, um als Arbeitnehmer Produktivkapital zu bilden und an der Mobilitätsrente des Kapitals zu partizipieren.<sup>74</sup>

## 7 Fazit

Die Krise der demokratischen Steuerung zeigt sich in der Zunahme mehrheitlich legitimer staatlicher Ansprüche auf das Eigentum Privater sowie einer mangelnden Problemlösungskompetenz betreffend der Zukunftsprobleme der Gesellschaft. Als Ursachen werden ein unzureichender Minderheitenschutz sowie Mängel in der Wahrnehmung der Exit-Voice-Option ausgemacht. Ein wachsender Widerstand durch Steuervermeidung und –hinterziehung im Innern und die Einflüsse der Globalisierung von außen gefährden die Überlebensfähigkeit der bestehenden Ordnungen. Soll der schmerzliche und unproduktive Umweg über das pathologische Lernen vermieden werden, muss die durch die Globalisierung bereits eingeleitete Entmonopolisierung der nationalstaatlichen Politik durch einen Umbau der demokratisch-staatlichen Ordnungsstrukturen aktiv aufgegriffen und beantwortet werden.

Zentrale Elemente sind eine Stärkung der Exit-Option durch ein verfassungsmäßiges Recht auf friedliche Sezession sowie eine Stärkung der Voice-Option durch einen verbesserten Einfluss von Minderheitenpositionen im demokratischen Entscheidungsprozess. Konkrete Auswirkungen dieser neuen Ordnung werden sich in einem Steuerminderungsdruck, einem Umbau des Steuerungssystems hin zu einer Entlastung der mobilen Faktoren und einen auf Effizienz fokussierten Umverteilungssystem zeigen. Die zugleich erstarkte Privatrechtsgesellschaft wird die Freiheitsspielräume und die Verantwortung der Bürger achten, wobei die hiermit einhergehende soziale Diskriminierung eine durchaus erwünschte Begleiterscheinung darstellt. Im Sinne *Guéhenno*s wird das Ende der Nation im traditionellen Sinne nicht den Tod der Politik bedeuten, jedoch die Möglichkeiten einer Diktatur der Mehrheit einschränken und eine Missachtung des institutionell-ökonomischen Wandels mit hohen Kosten strafen.

---

<sup>74</sup> Vgl. Schäfer (1999), S. 18.

## **Abstract**

### **Deprivation of Policy**

A state portion as indicator for the range of national activities, remaining on high level of approximately 50 % of the gross domestic product, as well as the ‘dilution’ of private property by taxation, duties and governmental regulations mean a break with the civil law society. The unresolved problems of the future assurance, like those of the social security system, as well as partially as unsatisfactorily evaluated conditions of upbringing, education and training and a generally short time horizon question the problem solution authority of state and democratically organized society. Alternate strategies of mobile factors and a globalised economy also de-monopolise the national policy. Thereby did the end of the term ‘national power’ come? Can there be a democracy without nation? On the basis of the rather pessimistic theses of Guéhenno (1994), the author argues for a regaining of the collective rationality by an improvement of the exit (migration) - voice (disagreement) – options.

## **Literatur**

- Apolte, Thomas (2001), Institutioneller Wettbewerb: Ansätze, Theoriedefizite und Entwicklungsperspektiven, in: Berg, Hartmut (Hrsg.), Theorie der Wirtschaftspolitik: Erfahrungen – Probleme – Perspektiven, Berlin, S. 179-210.
- Baethge, Henning und Horstkötter, Dirk (2004), Der Lack ist ab, in: Capital, 48. Jg., H.13, S. 16-20.
- Beck, Ulrich (1999), Was ist Globalisierung?, Frankfurt/Main, 6. Aufl.
- Beyme, Klaus von (2003), Demokratiereform als Reform der parlamentarischen Parteidemokratie, in: Offe, Claus (Hrsg.), Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt/Main, S. 25-42.
- Frey, Bruno S. u. Eichenberger, R. (1995), Competition among Jurisdictions: The Idea of FOCJ, in: Gerken, Lüder (Hrsg.), Competition among Institutions, London.
- Friedrichs, Jürgen (1997), Globalisierung – Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B33-34/97, S. 3-11.
- Gabler-Wirtschaftslexikon (2004), 4 Bände, Wiesbaden, 16. vollst. überarb. und aktualisierte Aufl.
- Guéhenno, Joan-Marie (1994), Das Ende der Demokratie, aus dem Französischen übersetzt von Rainer von Savigny, München.

- Hardin, Garrett (1968), *The Tragedy of the Commons*, in: *Science* v. 13.12. 1968, [http://www.garretthardinsociety.org/articles/art\\_tragedy\\_of\\_the\\_commons.html](http://www.garretthardinsociety.org/articles/art_tragedy_of_the_commons.html) (3.11.2004).
- Hayek, Friedrich A. von (1967), *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London, Chicago and Toronto, S. 66-81.
- Hirschman, A.O. (1970), *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge/Mass.
- Hoppe, Hans-Hermann (2003), *Demokratie – der Gott, der keiner ist*, Waltrop und Leipzig.
- Huber, B. (1997), *Der Steuerwettbewerb: Gefahr oder Chance?*, München (mimeo.).
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *Deutschland in Zahlen*, Köln, versch. Jg.
- Meyer, Dirk (2004), *Deregulierung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure?*, in: *Wirtschaftsdienst*, 84. Jg., H.3, S. 180-187.
- Meyer, Dirk (2001), *Plädoyer für die Einführung einer Sollertragsbesteuerung*, in: *Wirtschaftsdienst*, 81. Jg., H.6, S. 343-345.
- Meyer, Dirk (1998), *Abgeordnetenentschädigung - Ein Beitrag zur Rationalisierung der Diskussion aus ökonomischer Sicht*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 39. Jg. (1998), H. 2, S. 329-344.
- o.V., *Neuer Rekord beim Umsatzsteuerbetrug*, in: *Handelsblatt* v. 9.11.2004, Düsseldorf.
- Pindyck, Robert S. und Rubinfeld, Daniel L. (2003), *Mikroökonomie*, München.
- Prosi, Gerhard (1993), *Demokratie in der Rationalitätenfalle / Finanzpolitik im Schatten der Staatsverschuldung*, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 56. Jg., H.2, S. 15-20.
- Prosi, Gerhard (1991), *Ein Plädoyer für den Wettbewerb der Steuersysteme*, in: *Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich*, 32. Jg., H.1-2, S. 113-125.
- Radbruch, Gustav (1957), *Der Mensch im Recht*, Göttingen.
- Riedel, Donata (2004), *Jedes zweite Land hat zu hohe Schulden*, in: *Handelsblatt* v. 11.08.2004, Düsseldorf.
- Rohleder, Christoph (2004), *Globalisierung, Tertiarisierung und multinationale Unternehmen*, Diss. <http://kups.ub.uni-koeln.de/volltexte/2004/1063/index.htm> (3.11.2004).
- Schäfer, Wolf (1999); *Globalisierung: Entmonopolisierung des Nationalen?*, in: Berg, Hartmut (Hrsg.), *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen – Formen – Konsequenzen*, Berlin.
- Schmidt, Manfred J. (2003), *Lehren der Schweizer Referendumsdemokratie*, in: Offe, Claus (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt/Main, S. 111-123.
- Schneider, Friedrich (2004), *Arbeit im Schatten*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004), *Statistisches Jahrbuch 2004*, Wiesbaden.

- Straubhaar, Thomas (2004), Risiko und Rendite, in: Handelsblatt v. 25.11.2004, Düsseldorf.
- Straubhaar, Thomas (1997), Empirische Indikatoren für den Systemwettbewerb – Moderne und historische Befunde, Hamburg (mimeo.)
- Struck, Peter (2004), Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik, 15. Forum Bundeswehr & Gesellschaft der Welt am Sonntag v. 9.11.2004, [http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/041109\\_forum\\_welt\\_as.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/041109_forum_welt_as.php) (17.11.2004).
- Tichy, Roland (2003), Her mit dem Familienwahlrecht!, in: Handelsblatt v. 5.12.2003, Düsseldorf.
- Tiebout, C.M. (1956), A Pure Theory of Local Expenditure, in: Journal of Political Economy, Vol. 64, S. 416-424.
- Tocqueville, Alexis de (1985) [1840], Über die Demokratie in Amerika, hrsg. v. Mayer, J.P., Stuttgart, Original: 1840.
- Woll, Artur (2003), Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München, 14. Aufl.

### Bisher erschienen:

#### Diskussionspapiere der Fächergruppe Volkswirtschaftslehre

- Meyer, Dirk, Die Entmachtung der Politik: Zur Frage der Überlebensfähigkeit demokratischer Nationalstaaten in einer globalisierten Weltwirtschaft, Nr. 32 (Dezember 2004).
- Josten, Stefan Dietrich & Klaus W. Zimmermann, Unanimous Constitutional Consent and the Immigration Problem, No. 31 (Dezember 2004).
- Bleich, Torsten, Importzoll, Beschäftigung und Leistungsbilanz: ein mikrofundierter Ansatz, Nr. 30 (September 2004).
- Dewenter, Ralf, Justus Haucap, Ricardo Luther & Peter Rötzel, Hedonic Prices in the German Market for Mobile Phones, No. 29 (August 2004).
- Carlberg, Michael, Monetary and Fiscal Policy Interactions in the Euro Area, No. 28 (März 2004).
- Dewenter, Ralf & Justus Haucap, Die Liberalisierung der Telekommunikationsbranche in Deutschland, Nr. 27 (März 2004), erscheint in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 53, 2004 .
- Kruse, Jörn, Ökonomische Konsequenzen des Spitzensports im öffentlich-rechtlichen und im privaten Fernsehen, Nr. 26 (Januar 2004).
- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Ex-Ante-Regulierung oder Ex-Post-Aufsicht für netzgebundene Industrien?, Nr. 25 (November 2003), erschienen in *Wirtschaft und Wettbewerb* 54, 2004, 266-275.
- Haucap, Justus & Tobias Just, Der Preis ist heiß. Aber warum? Zum Einfluss des Ökonomie-studiums auf die Einschätzung der Fairness des Preissystems, Nr. 24 (November 2003), erscheint in *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 33, 2004.
- Dewenter, Ralf & Justus Haucap, Mobile Termination with Asymmetric Networks, No. 23 (October 2003).
- Dewenter, Ralf, Raising the Scores? Empirical Evidence on the Introduction of the Three-Point Rule in Portugese Football, No. 22 (September 2003).
- Haucap, Justus & Christian Wey, Unionisation Structures and Innovation Incentives, No. 21 (September 2003), erschienen in: *The Economic Journal* 114, 2004, C145-C165.
- Quitzau, Jörn, Erfolgsfaktor Zufall im Profifußball: Quantifizierung mit Hilfe informations-effizienter Wettmärkte, Nr. 20 (September 2003).
- Reither, Franco, Grundzüge der Neuen Keynesianischen Makroökonomik, Nr. 19 (August 2003), erscheint in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften*.
- Kruse, Jörn & Jörn Quitzau, Fußball-Fernsehrechte: Aspekte der Zentralvermarktung, Nr. 18 (August 2003).
- Bühler, Stefan & Justus Haucap, Mobile Number Portability, No. 17 (August 2003), erscheint in: *Journal of Industry, Competition and Trade* 4, 2004 .
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, On the Relative Efficiency of Democratic Institutions, No. 16 (July 2003).

- Bühler, Stefan & Justus Haucap, Strategic Outsourcing Revisited, No. 15 (July 2003).
- Meyer, Dirk, Die Energieeinsparverordnung (EnEV) - eine ordnungspolitische Analyse, Nr. 14 (Juli 2003).
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Thomas, Patek Philippe, or the Art to Tax Luxuries, No. 13 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Estimating the Valuation of Advertising, No. 12 (June 2003).
- Otto, Alkis, Foreign Direct Investment, Production, and Welfare, No. 11 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, The Economics of Media Markets, No. 10 (June 2003).
- Josten, Stefan Dietrich, Dynamic Fiscal Policies, Unemployment, and Economic Growth, No. 9 (June 2003).
- Haucap, Justus & Tobias Just, Not Guilty? Another Look at the Nature and Nurture of Economics Students, No. 8 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Quality Provision in Interrelated Markets, No. 7 (June 2003).
- Bräuninger, Michael, A Note on Health Insurance and Growth, No. 6 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Media Markets with Habit Formation, No. 5 (June 2003).
- Haucap, Justus, The Economics of Mobile Telephone Regulation, No. 4 (June 2003).
- Josten, Stefan Dietrich & Achim Truger, Inequality, Politics, and Economic Growth. Three Critical Questions on Politico-Economic Models of Growth and Distribution, No. 3 (June 2003).
- Dewenter, Ralf, Rational Addiction to News?, No. 2 (June 2003).
- Kruse, Jörn, Regulierung der Terminierungsentgelte der deutschen Mobilfunknetze?, Nr. 1 (Juni 2003).

#### **Frühere Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftspolitik**

- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, Das Preis-Leistungs-Verhältnis ökonomischer Fachzeitschriften, Nr. 120 (2002), erschienen in: *Schmollers Jahrbuch* 123, 2003, S. 285-305.
- Kruse, Jörn, Competition in Mobile Communications and the Allocation of Scarce Resources: The Case of UMTS, Nr. 119 (2002), erscheint in: Pierre Buigues & Patrick Rey (Hg.), *The Economics of Antitrust and Regulation in Telecommunications*, Edward Elgar: Cheltenham 2004.
- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Predatory Pricing in Liberalised Telecommunications Markets, Nr. 118 (2002), erschienen in: Christian von Hirschhausen, Thorsten Beckers & Kay Mitusch (Hrsg.), *Trends in Infrastructure Regulation and Financing*, Edward Elgar: Cheltenham 2004.
- Kruse, Jörn, Pay-TV versus Free-TV: Ein Regulierungsproblem?, Nr. 117 (2002), erscheint in: Mike Friedrichsen (Hg.), *Kommerz - Kommunikation - Konsum. Zur Zukunft des Fernsehens in konvergierenden Märkten*, 2003.
- Kruse, Jörn, Regulierung der Verbindungsnetzbetreiberauswahl im Mobilfunk, Nr. 116 (2002), als Kurzform erschienen in: *Multimedia und Recht*, Januar 2003, S. 29-35.
- Haucap, Justus & Jörn Kruse, Verdrängungspreise auf liberalisierten Telekommunikationsmärkten, Nr. 115 (2002), erscheint in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 5, 2004.

- Haucap, Justus & Helmmar Schmidt, Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel: Eine ökonomische Analyse, Nr. 114 (2002), erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 53, 2002, S. 287-316.
- Kruse, Jörn & Jörn Quitzau, Zentralvermarktung der Fernsehrechte an der Fußball-Bundesliga, Nr. 113 (2002), erschienen in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft zur Sportökonomie*, 2002, S. 63-82.
- Kruse, Jörn & Justus Haucap, Zuviel Wettbewerb in der Telekommunikation? Anmerkungen zum zweiten Sondergutachten der Monopolkommission, Nr. 112 (2002), erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S. 92-98.
- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, What Economists Think of Their Journals and How They Use Them: Reputation and Relevance of Economics Journals, Nr. 111 (2002), erschienen in *Kyklos* 56, 2003, S. 175-197.
- Haucap, Justus, Telephone Number Allocation: A Property Rights Approach, Nr. 110 (2001), erschienen in: *European Journal of Law and Economics* 15, 2003, S. 91-109.
- Haucap, Justus & Roland Kirstein, Government Incentives when Pollution Permits are Durable Goods, Nr. 109 (2001), erschienen in: *Public Choice* 115, 2003, S. 163-183.
- Haucap, Justus, Konsum und soziale Beziehungen, Nr. 108 (2001), erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 52, 2001, S. 243-263.
- Bräuninger, Michael & Justus Haucap, Was Ökonomen lesen und schätzen: Ergebnisse einer Umfrage, Nr. 107 (2000), erschienen in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, 2001, S.185-210.
- Haucap, Justus, Uwe Pauly & Christian Wey, Collective Wage Setting When Wages Are Generally Binding: An Antitrust Perspective, Nr. 106 (2000), erschienen in: *International Review of Law and Economics* 21, 2001, S. 287-307.
- Haucap, Justus, Selective Price Cuts and Uniform Pricing Rules in Network Industries, Nr. 105 (2000), erschienen in: *Journal of Industry, Competition and Trade* 3, 2003, 269-291.
- Bräuninger, Michael, Unemployment Insurance, Wage Differentials and Unemployment, Nr. 104 (2000) erschienen in: *Finanzarchiv* 75, 2000, S. 485-501.
- Kruse, Jörn, Universaldienstlast etablierter Postunternehmen, Nr. 103 (2000) erschienen in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft* 3, 2002, S. 99-117.
- Kruse, Jörn, Sportveranstaltungen als Fernsehware, Nr. 102 (2000) erschienen in: Schellhaaß, Horst-Manfred (Hg.), *Sportveranstaltungen zwischen Liga- und Medien-Interessen*, Hofmann: Schorndorf 2000, S. 15-39.

#### **Frühere Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre**

- Bräuninger, Michael, Social Capital and Regional Mobility, Nr. 4/2002.

- Schäfer, Wolf, EU-Erweiterung: Anmerkungen zum Balassa-Samuelson-Effekt, Nr. 3/2002, erschienen in: Stefan Reitz (Hg.): *Theoretische und wirtschaftspolitische Aspekte der internationalen Integration*, Duncker & Humblot: Berlin 2003, S. 89-98.
- Bräuninger, Michael, The Budget Deficit, Public Debt and Endogenous Growth, Nr. 2/2002.
- Rösl, Gerhard, Die Umverteilung der Geldschöpfungsgewinne im Eurosystem: Das Earmarking-Verfahren seit dem 1.1.2002, Nr. 1/2002, als Kurzform erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S.352-356.
- Schniewindt, Sarah, Two-Way Competition in Local Telecommunication Networks, Nr. 2/2001.
- Reither, Franco, Optimal Monetary Policy when Output Persists: On the Equivalence of Optimal Control and Dynamic Programming, Nr. 1/2001.
- Schäfer, Wolf, MOEL-Wechselkursarrangements, Nr. 1/2000, erschienen in: Günther Engel & Peter Rühmann (Hg.): *Geldpolitik und Europäische Währungsunion*, Göttingen 2000, S. 217-228.
- Heppke, Kirsten, On the Existence of the Credit Channel in Poland, Nr. 8/1999.
- Bräuninger, Michael, Unemployment and International Lending and Borrowing in an Overlapping Generations Model, Nr. 8/1999.
- Henning, Andreas & Wolfgang Greiner, Organknappheit im Transplantationswesen - Lösungsansätze aus ökonomischer Sicht, Nr. 7/1999.
- Chung, Un-Chan, East Asian Economic Crisis - What is and What Ought to be Done: The Case of Korea, Nr. 6/1999, erschienen in: *Research in Asian Economic Studies* 10, 2002, S. 93-121.
- Carlberg, Michael, Europäische Währungsunion: Der neue Policy Mix, Nr. 5/1999, erschienen in *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 29(1), 2000, S. 8-13.
- Carlberg, Michael, European Monetary Union: The New Macroeconomics, Nr. 4/1999, erschienen in: Gerhard Rübel (Hg.), *Real and Monetary Issues of International Economic Integration*, Duncker & Humblot: Berlin 2000, S. 155-175.
- Bräuninger, Michael & J.-P. Vidal, Private versus Financing of Education and Endogenous Growth, Nr. 3/1999, erschienen in: *Journal of Population Economics* 13, 2000, S. 387-401.
- Reither, Franco, A Monetary Policy Strategy for the European Central Bank, Nr. 2/1999 erschienen in: Rolf Caesar & Hans-Eckart Scharrer (Hg.), *European Economic and Monetary Union: Regional and Global Challenges*, Nomos Verlag: Baden-Baden 2001, S. 213-226.
- Bräuninger, Michael, Wage Bargaining, Unemployment and Growth, Nr. 1/1999 erschienen in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 156, 2000, S. 646-660.

#### **Frühere Diskussionsbeiträge zur Finanzwissenschaft**

- Josten, Stefan, Crime, Inequality, and Economic Growth. A Classical Argument for Distributional Equality, 2002, erschienen in: *International Tax and Public Finance* 10, 2003, S. 435-452.

- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Thomas, Öffentliche Güter, natürliche Monopole und die Grenze marktlicher Versorgung, 2002, erschienen in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)* 32, 2003, S. 340-344.
- Holm-Müller, Karin & Klaus W. Zimmermann, Einige Anmerkungen zur Internalisierungsstrategie mit dem produktorientierten Konzept der Pigousteuer, 2002, erschienen in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 25, 2002, S. 415-420.
- Josten, Stefan, Nationale Schuldenpolitik in der EWU, 2002, erschienen in: *Wirtschaftsdienst* 82, 2002, S. 219-225.
- Hackmann, Johannes, Der Sonderabgabenbezug nach dem Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz, 2002, erschienen in: *Wirtschaftsdienst*, 82, 2002, S. 241-248.
- Josten, Stefan, Das Theorem der Staatsschuldneutralität. Eine kritisch-systematische Rekonstruktion, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 180-209.
- Zimmermann, Klaus W., Komplikationen und Fallstricke in der Pigou-Analyse von Externalitäten, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 245-267
- Josten, Stefan, National Debt in an Endogenous Growth Model, 2001, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 53, 2002, S. 107-123.
- Hackmann, Johannes, Vom Ehegattensplitting zum Partnerschaftssplitting?, 2001, erschienen in: Volker Arnold (Hg.), *Wirtschaftsethische Perspektiven VI*, Schriften des Vereins für Socialpolitik 228/VI, Ducker & Humblot: Berlin 2002, S. 189-222.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, Politische Glaubwürdigkeit und der Euro: Eine verfassungsökonomische Perspektive, 2000, erschienen in: Fritz Söllner & Arno Wilfert (Hg.), *Die Zukunft des Steuer- und Sozialstaates*, Physica Verlag 2001, S. 373-397.
- Josten, Stefan, National Debt, Borrowing Constraints, and Human Capital Accumulation in an Endogenous Growth Model, 2000, erschienen in: *FinanzArchiv* 58, 2001, S. 317-338.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, The Euro and Political Credibility in Germany, 2000, erschienen in: *Challenge* 44, 2001, S. 102-120
- Josten, Stefan, Public Debt Policy in an Endogenous Growth Model of Perpetual Youth, 1999, erschienen in *FinanzArchiv* 57, 2000, S. 197-215.
- Zimmermann, Klaus W., Internalisierung als Nirwana-Kriterium der Umweltpolitik, 1999, erschienen in: Kilian Bizer, Bodo Linscheidt & Achim Truger (Hg.), *Staatshandeln im Umweltschutz. Perspektiven einer institutionellen Umweltökonomik*, Duncker & Humblot: Berlin 2000.
- Hackmann, Johannes, Die unterlassene Besteuerung der Nutzungswerte selbstgenutzten Wohnungseigentums: Vergebene Reformpotentiale, 1999, erschienen in: R. Lüdeke, W. Scherf & W. Steden (Hg.), *Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik*, Festschrift für A. Oberhauser, Berlin 2000, S. 387-412.
- Zimmermann, Klaus W. & Tobias Just, Interest Groups, Referenda, and the Political Process: On the Efficiency of Direct Democracy, 1999, erschienen in: *Constitutional Political Economy* 11, 2000, S. 147-163.

- Josten, Stefan, Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum in einem Diamond-OLG-Modell mit AK-Technologie, 1999, erschienen in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 51, 2000, S. 237-254.